Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis **10** Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 22. **Bielefeld, Montag, 27. Januar 1896.** **7. Jahrgang.**

Deutscher Reichstag.

23. Sitzung vom 25. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratstische von Boetticher.

Eingegangen ist das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch nebst Materialien.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt bei dem Kapitel „Allgemeine Fonds".

Beim Titel „Unterstützung des deutschen Fischereivereins zur Förderung der künstlichen Fischzucht" hebt

Abg. Heyl zu Herrnsheim (NL.) die Verdienste des Fischereivereins um die Förderung der Fischzucht in den deutschen Flüssen und Seen hervor. Die Zahl der Fische nehme leider beständig ab, einmal infolge der Vermehrung der Dampfschiffe, dann aber, weil infolge der Stromregulierungen den Fischen die ruhigen Laichplätze fehlen. Am Oberrhein sei kaum noch von einem richtigen Salmfang die Rede. In Holland würden dagegen noch sehr viele Rheinlachse gefangen. Vielleicht trage hieran der Umstand Schuld, daß die deutsch-holländische Fischereikonvention die Rechte der deutschen Fischer nicht genügend gewahrt habe. Redner regt die Kündigung dieser Konvention an.

Staatssekretär v. Boetticher erwidert, man habe die Frage wohl erwogen, aber sich schließlich doch entschlossen, den Vertrag nicht zu kündigen, da er auch für die Rheinfischerei vorteilhaft sei, indem er auch den Holländern Beschränkungen im Lachsfang auferlegt. Weitere Konzessionen Hollands seien nicht erzielbar. Außerdem habe der rheinische Lachsfang sich in letzter Zeit um 23000 Stück Lachs höher gestellt, als 1870 bis 1880 und bei Kündigung des Vertrags würden die Holländer uns alle Lachse wegfangen.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (Wild) schließt sich den Ausführungen des Abg. von Heyl an. Deutschland züchte und Holland fange und verkaufe die Lachse. Die Regierung möge sich doch mit dem Deutschen Fischereiverein in Verbindung setzen, damit der Vertrag mit Holland, der jetzt ablaufe, nicht aufgehoben, aber einer Revision unterzogen werde.

Staatssekretär v. Bötticher erklärt seine Bereitwilligkeit hierzu, konstatiert aber noch einmal, daß der Vorsitzende des Fischereivereins die oben erwähnte Zunahme des Lachsfanges zugegeben habe.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte, an der sich auch die Abgg. von Heyl und Prinz Carolath beteiligen, wird die Diskussion geschlossen und der Titel bewilligt.

Beim Titel „Förderung der Hochseefischerei" erwidert Staatssekretär von Boetticher auf eine Anfrage vom Abgeordneten Metzger (Soz.), daß Unterstützungen an Fischereigenossenschaften und auch an einzelne Fischer mit gutem Erfolge gewährt worden sind. Die Unterstützungen erfolgen je nach Bedürfnis als Darlehen oder à fonds perdu. Von einer Veröffentlichung der unterstützten Personen müsse er abraten. Er sei aber gern bereit, jedem Abgeordneten, der sich dafür interessiere, jede gewünschte Auskunft zu geben.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel 12, „Dampferverbindungen mit Ostasien und Australien" bringt

Abg. Dr. Hahn (wild Kons.) wie im Vorjahre, die Frage der Ueberbürdung der Schiffsoffiziere und Schiffsmannschaften auf den Dampfern zur Sprache. Auch die Gehälter seien beim Norddeutschen Lloyd sehr gering.

Der Titel wird darauf bewilligt.

Zu Titel 16, „Zuschuß zur Invaliditäts- und Altersversicherung", liegt folgender Antrag der Abgg. Auer und Gen. (SD.) vor.

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session den Entwurf eines Gesetzes zugehen zu lassen, wodurch

a) die §§ 9, Abs. 4, 16 und 157 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, dahin abgeändert werden, daß jeder Versicherte, der das 60. Lebensjahr vollendet hat, einen Rechtsanspruch auf Altersrenten erhält, und

b) die §§ 9, Abs. 3 und 156 des genannten Gesetzes dahin abgeändert werden, daß diejenigen Versicherten, welche infolge ihres geistigen oder körperlichen Zustandes nicht mehr im stande sind, sich in ihrem Beruf die Hälfte ihres bisherigen, nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zu berechnenden Jahresarbeitsverdienstes zu erwerben, Invalidenrente erhalten.

Abg. Brühne (Soz.) begründet den Antrag. Daß das 70. Lebensjahr für den Bezug der Rente zu hoch gegriffen sei, diese Ueberzeugung habe sich hoffentlich auch in anderen Parteien schon Bahn gebrochen. Das Haus habe schon wiederholt eine Revision des Alters- und Invaliditätsgesetzes gefordert, inzwischen aber müßte den dringendsten Beschwerden abgeholfen werden. Bei der Altersgrenze von 70 Jahren kämen nur sehr wenige Arbeiter in den Genuß der Rente, andererseits sei es ungerecht, den halb erwerbsfähigen Arbeitern die Invalidenrente vorzuenthalten. Grade zwischen dem 60. und 70. Lebensjahre werden die meisten Arbeiter arbeitsunfähig. In einem Staate, wo ungezählte Millionen für Militärzwecke ausgegeben würden, sollte auch Geld für Erweiterung der Sozialreform da sein. Uebrigens sei er der persönlichen Meinung, daß die Arbeiter gern wöchentlich ein paar Pfennige mehr zahlen würden, wenn sie eine anständige Invaliden- und Altersrente vom 60. Jahre an zu erwarten hätten. Graf Mirbach habe zwar einmal gesagt, die Gutsbesitzer sorgten für ihre Arbeiter von dem Augenblicke an, wo sie arbeitsunfähig würden. Herr v. Bötticher widersprach dem Grafen Mirbach und zwar mit Recht. Die Verhältnisse sind meistenteils geradezu kläglich. Es handelt sich um die Arbeiter, von denen neulich Herr v. Marschall sprach, die nichts weiter besitzen, als ihre Arbeitskraft. Ich ersuche Sie, stimmen Sie unserem Antrage zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hitze (Z.) beantragt, den Antrag Auer abzulehnen und dafür eine Resolution anzunehmen, in der die Regierung zur schleunigen Revision des Gesetzes aufgefordert wird, unter Berücksichtigung der Grundsätze, daß die Voraussetzungen zum Bezug der Alters- und Invalidenrente erleichtert und vereinfacht werden, daß eine Erhöhung der Invalidenrente namentlich unter Berücksichtigung unversorgter Angehöriger erfolgt, daß drittens die Witwen- und Waisenfürsorge einbezogen wird. Der Redner ist mit den einzelnen Ausführungen des Vorredners im allgemeinen einverstanden, glaubt aber, daß der sozialdemokratische Antrag nur geeignet sei, die Revision des Gesetzes zu verzögern. Herr v. Bötticher werde hoffentlich über den Stand der Revision Auskunft geben. Die Kosten bei Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahren würden bis zum Jahre 1900 betragen 388 Millionen, bei Herabsetzung der Grenze auf 60 Jahre 754 Millionen. Das bedeute eine Erhöhung des Beitrages auf das Doppelte. Die Industrie-Arbeiter würden diese Erhöhung gern zahlen, aber den Arbeitern in der Landwirtschaft sei das nicht möglich. Es räche sich jetzt, daß das Gesetz nicht blos für die Industriearbeiter gemacht sei. Wollte man die Ansammlungen für den Reservefonds einstellen, so könnte man mit einem Schlage die Rente erhöhen. Die erste Aufgabe müsse es sein, die Invalidenrente zu erhöhen; sie sei wichtiger als die Altersrente. Es müsse ferner ein Ineinandergreifen des Krankenversicherungs- und Invalidengesetzes bewerkstelligt werden, damit nicht gerade derjenige dem Elend preisgegeben wird, der längere Zeit krank ist.

Staatssekretär v. Boetticher: Wir haben stets das Bedürfnis anerkannt, daß wir auf dem Wege der Sozialreform fortschreiten und das Gesetz verbessern müssen. Es ist die Frage entstanden, ob eine fundamentale Reorganisation am Platze sei. Es hat darüber eine Konferenz stattgefunden. Wenn dazu Arbeiter nicht hinzugezogen wurden, so lag das daran, daß es sich vorzugsweise um versicherungstechnische und Verwaltungsmaßregeln handelte und wir durch die Arbeitervertreter hier im Reichstage über die Wünsche in Arbeiterkreisen ja ganz genau unterrichtet sind. Ist erst eine Vorlage ausgearbeitet, dann werden auch die Arbeiter zur Beratung hinzugezogen werden. Vorläufig müssen wir abwarten, wie sich die preußische Regierung dazu stellt. Eins ist mir klar, die Revision des Invaliden- und Altersrentengesetzes wird immer dringender. (Ruf links: Es wird noch sehr lange dauern.) Das wollen wir doch erst abwarten. Die Invalidenrente ist nicht hoch. (Ruf links: Sie taugt gar nichts.) Auch das ist möglich. Aber wenig ist besser als gar nichts, und der Arbeiter mag sich beklagen, daß sie nicht hoch ist, erheben wird er sie immer. (Oh, links.) So wünschenswert die Durchführung des Antrags der Herren Sozialdemokraten wäre, so meine ich doch, daß wir zur Zeit nicht darauf eingehen können.

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

51 (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Ein hübsches Mädchen", meinte der Polizeidiener in bewunderndem Tone, während er das Bild heraus nahm und den kleinen Schmuckgegenstand mit seinen Blicken verschlang als vermute er irgend ein wichtiges Geheimnis darin verborgen.

Felix sah ihm spöttisch zu, sein Lächeln verwandelte sich jedoch in eine Geberde der Entrüstung, als er bemerkte, wie der Beamte, nachdem er das Portrait wieder eingefügt, das Medaillon in die Tasche steckte.

„Geben Sie es mir zurück", rief er flehenden Tones, „es ist ein theures, kostbares Andenken, für Sie völlig wertlos und enthält nichts, was eine Konfiskation rechtfertigte."

„Das werden wir untersuchen", erwiderte der Mann. „Wir haben hier schon sonderbare Funde in ähnlichen Kapseln gemacht."

„Gut — wie Sie wollen. Aber geben Sie mir wenigstens das Bild zurück."

„Sie werden es nach der Untersuchung zurückerhalten."

„Was wollen Sie damit? Sie mögen es hier ganz genau besichtigen, unter der Lupe meinetwegen. Ich kann das Kleinod nicht entbehren, es ist der letzte Trost, den man mir in meinen Leiden gelassen hat. Mein ganzes Herz hängt daran."

„Umsomehr erregt es meinen Verdacht," sagte der Andere. „Sie machen so viel Aufhebens um das Ding, daß die Meinung in mir aufzusteigen beginnt, daß ich einen wertvollen Fund gemacht habe." —

Dabei blieb er trotz aller Bitten Volkhofskis, der sich schließlich mit einem tiefen Seufzer in sein Schicksal ergeben mußte.

Allerdings versuchte er, das teuere Bild wenigstens zurückzuerhalten. Anfangs versicherte ihm der Ispravnik, es werde ihm schon zurückgegeben werden, später fuhr er ihn grob an, wenn er des Vorfalles Erwähnung that. Auch in diesem Falle blieb Felix nichts übrig, als schweigend zu dulden. Wahrscheinlich, dachte er — und er hatte damit das Richtige getroffen — hat der Ispravnik das Bild an Lazareff gesandt, während der Polizeidiener das Medaillon für sich behielt. —

Eine noch trübere Erfahrung stand dem jungen Schriftsteller bevor, als er wenige Tage später, in höchster Angst um das Schicksal der Geliebten, dieser einen Brief zu senden beschloß. Wußte er doch, daß sie im Hospital zu Tobolsk zurückgeblieben war. Seit seiner Abreise von Tobolsk waren fast 2 Monate vergangen und er hatte in dieser Zeit nichts wieder von ihr gehört — wie sollte auch eine Botschaft ihn erreichen? Er mußte vernehmen, wie es ihr gehe, Sehnsucht und Sorge stritten um die Herrschaft in seinem Herzen.

Er schrieb einen langen, langen Brief —

Worte der Liebe, der Sehnsucht, der zärtlichsten Besorgnis!

Worte, wie ein solches Schicksal sie diktiert, aber mit Rücksicht auf die empörende Notwendigkeit, dieses intime Herzensbekenntnis einem Fremden zur Begutachtung zu unterbreiten.

Besaß er als Verbannter doch nicht einmal das Recht, seinen Lieben eine Nachricht zukommen zu lassen, ohne daß der Ispravnik dieselbe vorher durchlas und ihre Absendung gestattete.

Eiligen Schrittes begab er sich mit dem Schriftstück, das er — bildlich gesprochen — mit dem Blute seines Herzens geschrieben, zum Ispravnik, mit bewegter Stimme schilderte er die Sachlage, bat er um gütige rasche Erledigung. Der Ispravnik sagte diese zu — Felix erhielt aber weder den Brief zurück, noch den Bescheid, daß derselbe abgegangen sei.

„Muß erst nachforschen, ob darin nicht etwa mit chemischer Tinte etwas zwischen den Zeilen steht, werde das Schreiben einmal über das Feuer halten — sind schon viele Schwindeleien vorgekommen — kenne das!"

Felix erklärte sich bereit, er wollte in seiner Gegenwart auf von ihm geliehenes Papier einen andern schreiben.

„Unsinn — kommt morgen wieder."

Felix kam und erhielt den Brief wieder nicht. Statt dessen vernahm er von seinem Hausherrn, daß der Ispravnik am Abend vorher im Klub das Schreiben Volkhofski's vorgelesen und sich über die eingestreuten Liebesbeteuerungen köstlich amüsiert habe.

Der Schriftsteller errötete vor Scham und Wut. Wenn Sophia nicht gewesen wäre, er hätte den rohen Menschen niedergeschlagen! Was lag ihm jetzt noch an seinem Leben. Sein Heiligstes profanen Blicken preiszugeben, die Gefühle eines Unglücklichen zum Gespött zu machen — ihm den Trost, die Geliebte zu beruhigen über sein Geschick, und die Gewißheit über das ihre zu verweigern — wie grausam, wie furchtbar!

Drei Wochen hielt Dolgopolof ihn hin, ehe er ihm sinster eröffnete, der Brief sei ihm verschiedener politischer Anspielungen halber als zur Absendung nicht geeignet erschienen und er habe ihn vernichtet.

Starr blickte Felix ihn an —

„Aber von politischen Anspielungen war ja keine Rede in dem Schreiben!"

„Das zu beurteilen ist meine Sache", entgegnete der Ispravnik kalt.

Der Verbannte schritt gedankenvoll die Straße hinab. Noch war er nicht hundert Schritte gegangen, als er, um eine Ecke biegend, mit einem Herrn zusammenstieß.

Die herrschende Dunkelheit gestattete ihm nicht, das Gesicht des Fremden zu sehen.

Höflich entschuldigte er sich.

„Bitte, bitte", erwiderte der Mann, der in einen großen Mantel gehüllt war. „Wir waren beide etwas stürmisch. Guten Abend."

„Halt — einen Augenblick!" rief Felix und ergriff rasch die Hand des Fremden. „Die Stimme sollt' ich kennen. Dr. Baillie —"

„Mit Leib und Seele", antwortete der Mann, „woher kennen Sie mich?"

„Ich bin Felix Volkhofski."

Der kleine Doktor that vor Freuden einen Luftsprung, dann schlang er stürmisch seine Arme um des Freundes Hals.

„Wahrhaftig, du bist es, alter Junge? Solch' ein Glück hätt' ich mir nicht träumen lassen! Also auch du hier in diesem Drachennest! Wie geht es den Uebrigen, Felix? Sophia — Viktor — dem alten Herrn, Helene, Demidof — sprich doch — Mensch, Herzenskamerad, ich brenne vor Begierde, es zu erfahren."

„Lieber Doktor, ich weiß ebensowenig von ihnen allen, wie du." (Fortsetzung folgt.)

Abg. Frhr. v. Stumm (RP.) rügt es, daß der Minister die Sozialdemokraten als Vertreter der Arbeiter bezeichnet habe. Vertreter der Arbeiter sind wir alle, nur mit dem Unterschiede, daß wir die wahren Freunde der Arbeiterklasse sind, die Sozialdemokraten aber ihre Feinde. (Lachen bei den Sozialdemokr.) Das zeigt sich auch bei den Versicherungsgesetzen, die wir über die Köpfe der Sozialdemokraten hinweg gegen ihren Widerspruch gemacht haben. (Zwischenruf links.) Das wird sich auch bei dem vorliegenden sozialdemokratischen Antrag zeigen. Ist man ein Freund der Arbeiter, wenn man Unmögliches fordert? Und der vorliegende Antrag fordert Unmögliches, ist ein Schlag ins Wasser. Der Antrag Auer muß ohne weiteres abgelehnt werden; giebt er doch nicht einmal an, wie die Mittel für die Mehraufwendungen beschafft werden sollen. Sie haben gehört, wie viel die geforderte Herabsetzung der Altersgrenze um 10 Jahre kosten würde — 755 Millionen — hüten wir uns also vor unvorsichtigen Schritten. Auch mit dem Antrag Hitze wird nicht viel zu erreichen sein, denn durch die Einstellung der Ansammlungen zum Reservefonds dürften die Kosten allein für die Einbeziehung der Wittwen und Waisen nicht entfernt gedeckt werden können. Die Vereinigung aller drei Versicherungen in eine dürfte nicht leicht sein. Zwei Wege bieten sich, der Weg der Selbstverwaltung und der bureaukratische. Ein Vorbild für die Selbstverwaltung haben wir in den Berufsgenossenschaften. Natürlich müßten die Arbeiter, wenn sie hier hineingezogen und mitraten sollten, auch mitthaten, d. h. die Hälfte der Beiträge zur Unfallversicherung zahlen; dafür könnten die Unternehmer die Hälfte der Krankenkassenbeiträge übernehmen. Auf keinen Fall dürfe die Industrie mehr belastet werden. Sonst bleibe sie nicht mehr konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Um ihr diese Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, müßten auch alle Versuche bekämpft werden, den englischen Trades Unionismus nach Deutschland zu verpflanzen. Die Trades Unions seien das Grab aller Disziplin. Und grade auf der Disziplin, in der die Arbeiter gehalten werden, beruht die Ueberlegenheit der deutschen Industrie.

Abg. Schmidt-Elberfeld (FVp): Daß Vereinfachungen in der Versicherungsgesetzgebung nötig sind, erkenne auch ich an. Nur das Wie ist schwer zu beantworten. Das haben wir in der Enquête-Kommission gesehen, die sich s. Zt. damit beschäftigte. Sie hielt eine grundsätzliche Verschiebung der Grundlagen der Versicherung für unmöglich und schlug nur Verbesserungen im einzelnen vor. Die beiden vorliegenden Anträge können nur richtig beurteilt werden auf grund bestimmter Rechnungsverhältnisse. Will die sozialdemokratische Fraktion die Millionen, die die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre erfordern würde, durch Erhöhung der Beiträge aufgebracht sehen? Die Arbeiter würden damit, glaube ich, nicht einverstanden sein.

Abg. Hoffmann-Dillenburg (NL.): Daß unsere Versicherungsgesetzgebung verbesserungsbedürftig sei, werde von keiner Seite bestritten. Im Prinzip sei die nationalliberale Fraktion für eine Vereinigung der drei Versicherungen. Leider sei nach den Ausführungen des Staatssekretärs die Verwirklichung dieses Gedankens in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Die vorliegenden zwei Anträge böten nicht viel Neues, sie seien bereits wiederholt eingebracht worden. Vor allem müsse man vermeiden, der späteren Vereinfachung zu präjudizieren. Den Antrag Auer erklärt Redner für unannehmbar, dagegen stehe er dem Antrag Hitze in mancher Hinsicht sympathisch gegenüber.

Abg. Schall (K.): Eine höhere Versicherungslast könne die Landwirtschaft nicht übernehmen. In vielen Fällen bezahlten die Landwirte auch die Beiträge für die Knechte. Eine Vereinfachung der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung sei dringend geboten. Besonders bedauerlich sei es, wenn Arbeiter, die ihre Beiträge gewissenhaft geleistet hätten, wegen formaler Fehler vom Genuß der Altersrente ausgeschlossen würden. Dem Antrag Hitze würden die Konservativen zustimmen, dem Antrag Auer aber nicht, weil seine notwendige Folge die Erhöhung der Beiträge wäre. Die Konservativen seien nach wie vor Freunde der Sozialreform. Die Sozialdemokraten thäten freilich so, als wenn sie die eigentlichen Vertreter der christlichen Nächstenliebe seien. Wie es mit dieser Nächstenliebe bestellt sei, dafür lege die Weihnachtsnummer der „Gleichheit" Zeugnis ab. Frau Ihrer gebe dies Blatt heraus, „die Ihnen und mir nahe steht (Große Heiterkeit), denn sie ist aus meinem Wahlkreis". In dem Weihnachtsartikel dieses Blattes werde der Klassenhaß und der Klassenkampf gefeiert und von dem Messias gesprochen, der mit Schwerterklang kommen werde. Das sei das wahre Gesicht der Sozialdemokratie. Wenn die Sozialdemokratie ihre Stellung zur Versicherungsgesetzgebung jetzt ändere und einen Abänderungsantrag einbringe, so pflüge sie damit mit unserem Kalbe! (Lautes Gelächter.)

Abg. Gamp (Rp.): Der Antrag Auer ist für uns vollkommen unannehmbar. Für die Landwirtschaft sind schon die jetzigen Beiträge für die Altersversicherung zu hoch. Es muß ein Weg gesucht werden, die Beiträge auf andere Weise aufzubringen. Will man nicht zum Tabakmonopol greifen, das schon Fürst Bismarck als Patrimonium der Enterbten einführen wollte, so bleibt als sehr bequemer Weg die Erhöhung der Salzsteuer. Die Salzsteuer ist eine Kopfsteuer, ihr kann sich niemand entziehen. Durch ihre Erhöhung könnten alle Versicherungsbeiträge gedeckt werden. Damit würde die Individualversicherung der Arbeiter aufhören und jeder Einzelne ohne weiteres durch die Zahlung der Salzsteuer Anspruch auf Unterstützung im Alter erwerben, also auch Reiche, die in ungünstige Lage geraten sind. Daneben müßte eine Einheitsrente eingeführt werden. Viele Verwaltungskosten ließen sich so ersparen und für die Arbeiter verwenden, ebenso die Markenkleberei und das Aufbewahren der Quittungskarten. Mit einer Salzsteuer, die pro Kopf der Bevölkerung und pro Jahr eine Mark aufbringt, könnte man so die gesamten Beiträge der Arbeiter zusammenbringen. Die der Unternehmer ließen sich leicht durch Zuschlag zur Grundsteuer oder zu anderen direkten Steuern decken. Auf diesem Wege könne man die Versicherung sehr bequem auf die kleinen Handwerker und Bauern übertragen.

Abg. Kühn (Soz.): Bismarck hat als Patrimonium der Enterbten das Tabakmonopol bezeichnet, jetzt hat Herr Gamp als neues Patrimonium der Enterbten die Salzsteuer entdeckt. Wir werden auf seinen Plan nicht eingehen und glauben auch, er wird bei den übrigen Parteien nicht viel Anklang finden. Ich möchte nur daran erinnern, daß die Salzsteuer bei der sogenannten Rebellion in Schlesien stark im Vordergrunde stand. Das Salz mußte eben damals wie heute bei den armen Leuten Schmalz und Butter ersetzen. Eine Salzsteuer ist eines Kulturstaates unwürdig. Herr Gamp aber will sie noch erhöhen, das konnte ich ihm vorerst wirklich nicht zutrauen. Es giebt andere Mittel und Wege, um die Summen aufzubringen, die zu einer wirklichen Arbeiterversicherung nötig sind. Ich wende mich zum Pastor Schall. Der Herr bezeichnete sich als Vertreter der Arbeiter in seinem Wahlkreis. Den Arbeitern ist es leider nicht gelungen, ihn aus dem Wahlkreise zu verdrängen, es wird ihnen hoffentlich bei der nächsten Reichstagswahl gelingen. Was Herr Hitze beantragt, ist nicht Fisch noch Fleisch, deshalb begeistern sich auch die Nationalliberalen dafür. (Heiterkeit.) An die Aufrichtigkeit des Interesses für die Arbeiter kann ich bei Herrn von Stumm nicht recht glauben. Sein spezieller Freund Herr von Kardorff hat doch geäußert: Wenn er gewußt hätte, daß das Sozialistengesetz fallen würde, hätte er nie für das Altersversicherungsgesetz gestimmt. Wie Herr von Kardorff dachte wohl auch sein Parteigenosse. Sie wollten das Arbeiterversicherungsgesetz den Arbeitern als Zuckerbrot für die Peitsche des Sozialistengesetzes geben. Die Herren von der rechten Seite spielen sich immer als Vertreter der Arbeiter auf. Von Herrn v. Bötticher aber sind wir heute bedingungslos als Vertreter der Arbeiter anerkannt worden. Die Herren wollen die Arbeiter wohl vertreten, gestatten ihnen aber keine eigenen Gedanken. Herr v. Stumm behandelt seine Arbeiter wohl als Maschinen, aber nicht als Menschen. Die Regierung hat durch ihren Ausschluß der Arbeiter bei der Konferenz wieder deutlich bekundet, daß sie sich als Vertreter der kapitalistischen Gesellschaftsklassen fühlt. Man hat ja auch früher keinen Arbeitervertreter hinzugezogen. (Herr v. Bötticher schüttelt mit dem Kopf.) Nun Herr von Bötticher, nennen sie mir doch einen Fall, wo sozialdemokratische Arbeiter von der Regierung zur Beratung hinzugezogen sind? Höchstens hat man einmal die Vertreter der Gewerkschaften gehört. Herr Hitze hat noch am sachlichsten gesprochen. Wir haben selbstverständlich nichts gegen seinen Vorschlag, die Witwen und Waisen in die Versicherung einzubeziehen. Die Invalidenrente ist heute zu schwer zu erlangen. Ehe die ärztliche Untersuchung beendet wird, vergeht so lange Zeit, in der der Invalide dem größten Elend preisgegeben ist. Die Herabsetzung der Altersgrenze ist notwendig, denn das siebzigste Lebensjahr wird thatsächlich von einem geringen Prozentsatz der Arbeiterschaft erreicht. Ist es denn etwas so unerhörtes, daß der Arbeiter, der bis zum 60. Jahr gearbeitet hat, in den Genuß einer Rente kommt? Ist es dem Deutschen Reiche wirklich mit dem Stolz ernst, an der Spitze der Sozialreform zu marschieren, dann müßten Sie unsern Antrag annehmen. Der Resolution des Herrn Hitze könnten wir zustimmen, wenn wir glauben könnten, daß es dem Zentrum wirklich ernst mit der Resolution ist. Bei Herrn Hitze glauben wir an diesen Ernst, bei dem ganzen Zentrum nicht. Der größte Teil des Zentrums steht wohl heute noch auf dem Standpunkte Windthorsts, der das ganze Altersversicherungsgesetz als den ersten Schritt zum sozialdemokratischen Staat bezeichnete und vor diesem Schritt warnte. Die Resolutionen des Zentrums haben bisher noch keinen Erfolg gehabt, weil diese große und mächtige Partei nicht energisch gegen die Regierung auftritt. Würde sie Abstriche beim Militäretat machen, würde sich die Regierung zu Konzessionen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes schon bereit finden lassen. Das Zentrum betreibt den Arbeiterschutz aber nicht ernsthaft, es will sich nur äußerlich salvieren gegenüber seinen Wählern. Redner bringt den Fall des schlesischen Webers zur Sprache, dem die Unterstützung versagt worden ist, weil er Sozialdemokrat war. (Rufe: Schluß!) Es dauert Ihnen zu lange, meine Herren. (Rufe rechts: Ja wohl.) Wir haben am Anfang der heutigen Sitzung Ihrer langen Lachsdebatte zuhören müssen, der Antrag Kanitz hat uns auch wieder zwei Tage gekostet. Sie können mich nun auch noch ein Weilchen anhören. Ich muß noch etwas anführen. Es ist in weiten Kreisen der Versicherten die Meinung verbreitet, daß die kolossale jetzt schon angesammelte Summe eines schönen Tages im Falle eines Krieges zu Kriegszwecken verwendet wird. Es ist wirklich kein Grund einzusehen, weshalb diese kolossalen Gelder angesammelt werden. Man gebe den Arbeitern durch Erhöhung der Rente das für sie und durch sie angesammelte Geld zurück. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hitze (Z.): Die Ausführungen, die der Vorredner vom Abgeordneten Windthorst zitierte, hat dieser allein auf den Reichszuschuß gemacht. Die Bemerkung des Vorredners, daß es der Zentrumspartei nicht ernst mit der Sozialreform sei, kann ich nur mit Entrüstung zurückweisen.

Die Diskussion wird hierauf vertagt.

Persönlich bemerkt

Abg. v. Stumm (R.-P.), daß er in den Fragen des Arbeiterschutzes sehr wesentlich von seinem Freunde v. Kardorff abweiche. Er habe weiter zu konstatieren, daß der Abg. Gamp die Bemerkungen über die Salzsteuer nur für seine Person gemacht habe.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Etat des Reichsamts des Innern. Novelle zur Gewerbeordnung.

Schluß 5¾ Uhr.

Politische Uebersicht.

Bielefeld, den 27. Januar.

— **Zu Bezug auf die neuen Forderungen für die Marine** schwirren die Nachrichten von allen Seiten durch die Luft. Dem „Hann. Cour." wird aus Berlin geschrieben:

„Es besteht nicht die Absicht, dem Reichstag in nächster Zeit eine neue Marinevorlage zugehen zu lassen. Dagegen scheinen Erwägungen darüber stattzufinden, ob nicht angesichts der Ereignisse der letzten Wochen, welche die numerische Schwäche der deutschen Marine wieder einmal in drastische Beleuchtung gerückt haben, (??) eine erhebliche Vermehrung unserer Kriegsschiffe endlich in Angriff genommen werden müsse. Wie der Kaiser über diese Frage denkt, darüber kann nach der Rede, die er am Sonnabend auf dem Bankett im Schlosse hielt, kein Zweifel herrschen. Es ist der dringendste Wunsch des Kaisers, die deutsche Flotte derartig auszugestalten, daß sie derjenigen anderer europäischen Mächte ebenbürtig wird. Zumal da für das Heer in absehbarer Zeit erhebliche Mehrforderungen, welche im Reichstag auf Schwierigkeiten stoßen könnten, nicht zu erwarten sind, hält man den Augenblick für geeignet, mit einem neuen Flottenplan hervorzutreten. Gewisse militärische Wünsche, die in letzter Zeit in beteiligten Kreisen viel diskutiert worden sind und mit welchen der preußische Finanzminister und der Staatssekretär des Reichsschatzamts sich bereits dienstlich zu beschäftigen Gelegenheit gehabt haben, sind zurückgestellt worden. Von dem Plan einer Neubewaffnung der Artillerie, die dem Reiche einen Mehraufwand, wie man versichert, von annähernd 200 Millionen verursacht haben würde, scheint man endgiltig abgekommen zu sein, obwohl Herr Dr. Miquel schon für die Deckung der Zinsen der event. erforderlich gewordenen Anleihe vorgesorgt hatte. Dagegen dürften die Marinepläne mit allem Eifer wieder aufgenommen sein. Jedenfalls wird man aber vor der parlamentarischen Erledigung der in den diesjährigen Reichshaushalt eingestellten Forderungen für die Flotte mit keiner Neuforderung an den Reichstag herangehen. Möglicherweise gelangt jedoch später noch ein Nachtragsetat, betreffend die Marine, an den Reichstag und alsdann, wenn nicht schon früher, wird volle Klarheit über die Absichten der Reichsregierung verbreitet werden. Wir betonen, daß die Erwägungen über diese ganze Angelegenheit noch nicht abgeschlossen sind. Es steht jedoch fest, daß sie sich in der angedeuteten Richtung bewegen. Ein Dementi, das eventuell gegen diese unsere Mitteilungen gerichtet werden wird, kann an ihrer Richtigkeit ebenso wenig etwas ändern, wie der zwar mögliche, aber sehr unwahrscheinliche Umstand, daß die Entscheidung schließlich nicht im Sinne derjenigen ausfallen sollte, welche eine bedeutende Verstärkung der deutschen Flotte als unbedingt notwendig bezeichnen. Daß im gesamten Ministerium im Prinzip über diese Angelegenheit völlige Uebereinstimmung herrscht, ist richtig. Wenn trotzdem im Zusammenhang damit Meinungsverschiedenheiten bestehen, so betreffen dieselben die Frage, ob es im Hinblick auf die gesamte innere Lage opportun sei, in absehbarer Zeit einen Konflikt mit dem Reichstag heraufzubeschwören, denn daß es ohne einen solchen Konflikt nicht abgehen würde, kann als sicher gelten. Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der bekanntlich ein erklärter Feind von Konflikten ist, dürfte aus diesem Grunde nicht für eine Beschleunigung der Sache eingenommen sein."

Die „Berl. Neuesten Nachr." wollen sogar schon wissen, daß Verhandlungen seitens der Regierung mit den Führern der einzelnen Reichstagsfraktionen geführt worden seien, und zwar mit negativem Ergebnis, so daß von der Einbringung einer derartigen Forderung Abstand genommen werden würde. Damit würde das Blatt nicht einverstanden sein.

„Es hieße das, die Flagge vor dem Gefecht streichen. Bei den parlamentarischen Fraktionen aber mußte notgedrungen der Eindruck entstehen, daß hinter Forderungen, für welche zu fechten die Regierung im voraus verzichtet, keine ernsten Bedürfnisse stecken. Hat die Regierung die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer solchen Anleihe, so ist es ihre Pflicht, die Vorlage auf jede Konsequenz hin zu machen und zu vertreten. Mit der bisherigen Leisetreterei und dem Verbeugen vor der jeweiligen üblen Laune der Fraktionen ist den Interessen des Reiches nicht gedient. Die Nation muß in öffentlicher parlamentarischer Verhandlung darüber aufgeklärt werden, daß der heutige Zustand unserer Flotte nicht nur nicht mehr den dringendsten Staatszwecken des Reiches entspricht, sondern selbst die Bündnisfähigkeit Deutschlands vermindert. Im Notfall muß der Kampf um die Flotte mit derselben Energie durchgefochten werden, wie s. Zt. der Kampf um das Landheer. Glaubt die Regierung sich dazu nicht im stande, drei Tage nach der kaiserlichen Rede vom 18. Januar, dann ist es allerdings besser, die Weltmachtstellung und die überseeischen Beziehungen auszustreichen und den Rückzug auf die Landrattenstellung von 1859 anzutreten."

Bemerkenswert in den Ausführungen sowohl des „Hannov. Cour.", wie der „Neuest. Nachr." ist der Stich gegen die jetzige Regierung. Die Agitation für die Weltmachtstellung Deutschlands scheint zum Sturz des Ministeriums Hohenlohe benutzt werden zu sollen. Die Kanitzianer und Bimetallisten wittern Morgenluft; sie wühlen frisch darauf los. So schreibt das Organ des Bimetallisten Arendt, das deutsche Wochenblatt:

„Die üblichen Bewilligungen einiger Schiffsbauten reichen nicht aus, nach englischem Vorbilde muß ein energischer Schritt unternommen werden. Es bedarf dazu keiner neuen Steuern, keiner Mehrbelastung des Volkes, die Mittel müssen durch eine neue Anleihe von mindestens 300 Millionen Mark aufgebracht werden, deren Verzinsung nebst den Mehrausgaben für die Marine durch eine Konversion der 4prozentigen Reichs- und Staatspapiere, eine ohnehin durchaus notwendige Maßregel, so unlieb sie den Interessenten sein mag, leicht aufzubringen ist. Daß das gegenwärtige Ministerium im gegenwärtigen Reichstag solche Forderungen durchsetzt, ist allerdings ausgeschlossen und ebenso ausgeschlossen ist es, daß die Auflösung des Reichstages etwas zu besseru vermöchte. Erst eine starke, einheitliche Regierung, dann eine starke, einheitliche nationale Bewegung unter völliger Aussöhnung der durch den Antrag Kanitz entzweiten, thatsächlich aufeinander angewiesenen Elemente — und dann eine entschiedene deutsche Weltmachtspolitik mit all ihren Folgerungen nach innen und außen, keine halben Maßregeln, sondern Volldampf voran. Wenn Kaiser Wilhelm II., unserer geborener Führer, uns diese Wege weist, dann wird eine immer mehr erstarkende nationale Bewegung ihm in deutscher Treue zur Seite stehen und mit ihm den Schwur auf die nationale Fahne leisten."

Wir hören schon wieder die schön klingenden Worte, welche stets angewendet werden, wenn es gilt, eine häßliche Sache zu verdecken. So ist es denn durchaus wahrscheinlich, daß eine neue Marinevorlage an den Reichstag noch in dieser Session herantreten wird. Man wird den günstigen Einfluß, welchen die 25jährige Jubiläumsstimmung auf manche Reichstagsmitglieder ausgeübt hat, nicht nutzlos vorübergehen lassen wollen.

Eine andere Frage ist dann allerdings, ob die jetzige Regierung im Falle der Ablehnung auch die Konsequenzen ziehen und den Reichstag auflösen wird. Wir Sozialdemokraten können dies glücklicher Weise in aller Ruhe abwarten. Wir sind kriegsbereit; unsere Mobilmachung erfolgt in acht Tagen.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. Januar. Der „National-Zeitung" zufolge hat der Bundesrat gestern den Reichstags-Beschluß vom 16.

Februar 1895 betreffend die Währungsfrage abgelehnt. Es werden demnach Einladungen zu einer Münzkonferenz nicht erlassen werden.

— Mehrforderungen für die Kolonien werden vom „Hamburger Corresp." angekündigt. Die Leistungen unserer Kolonialbeamten können auch wirklich die Steuerzahler zu neuen Leistungen für den Kolonialsport ermutigen.

Aus dem Auslande.

Ostafrika. Makalle hat kapituliert unter der Bedingung freien Abzugs mit allen militärischen Ehren. Kundschafter, die aus dem Lager der Schoaner kamen, überbrachten nach Adahagamus die Nachricht, daß Oberstleutnant Galliano mit seinem Bataillon, mit Waffen, Munition, Gepäck und Verwundeten aus Makalle abgezogen sei. Nach einer weiteren Meldung hat Ras Makonnen sogar Zelte für die Unterbringung der Offiziere beschaffen lassen und ungefähr 300 Maultiere zur Fortschaffung der Verwundeten und des Gepäcks aus Makalle gestellt. Diese Handlungsweise sei als eine Ehrenbezeugung und als ein Anzeichen für den Friedenswunsch des Feindes anzusehen. Die Kundschafter wollen auch an eine Freilassung der bei Amba-Aladschi gemachten Gefangenen glauben machen. Im italienischen Lager läuft das Gerücht um, daß Ras Makonnen zu einer Unterredung mit Baratieri kommen werde. Die Nachricht von der Befreiung der tapferen Garnison Makalles hat in Italien lebhafte Begeisterung hervorgerufen. In Rom war freudige Erregung, umsomehr, als niemand mehr an einen glücklichen Ausgang geglaubt hatte. Allgemein hofft und wünscht man nun, daß der Friede geschlossen werde. Dagegen erklärt die „Tribuna", Italien könne sich bei einer so geringfügigen Konzession nicht beruhigen. Das Prestige des Landes verlange eine definitive Lösung, die nur durch einen militärischen Erfolg zu erzielen sei.

Partei-Nachrichten.

Der Streit in Solingen. Das von der „Partei Schumacher" herausgegebene Flugblatt ist deshalb so wertvoll, weil dasselbe ein unanfechtbares Dokument für die Beurteilung der Schumacherschen Partei darstellt. Es steht offenbar darin das Beste, was diese Partei von sich sagen kann, und wenn dieses gerade hinreicht, um die ganze Schumachersche Taktik zu verurteilen, dann brauchen wir weiter kein Zeugnis.

Das Flugblatt druckt die sogenannten Duisburger Vereinbarungen ab, unter welchen auf dem vorjährigen zu Duisburg stattgehabten rheinischen Parteitag die Aussöhnung zwischen den Solingern Parteien zu stande gekommen war. Dieselben lauteten:

1. Die „Bergische Arbeiterstimme" ist das anerkannte Parteiorgan des Kreises Solingen. Die Genossen sind verpflichtet, das Organ zu unterstützen und müssen alle Publikationen in parteipolitischer Beziehung in demselben erfolgen.
2. Jeder der nachbenannten Genossen verpflichtet sich für Hebung der politischen Organisation einzutreten. Nur politisch organisierte Genossen dürfen Vertrauensämter bekleiden.
3. Genosse Schumacher und die übrigen Delegierten erklären für diese Forderungen in öffentlichen Versammlungen einzutreten.
4. Die „Bergische Arbeiterstimme" verpflichtet sich dagegen, die von ihr gegen den Reichstagsabgeordneten Genosse Schumacher erhobenen Anschuldigungen zurückzunehmen, über die Versammlungen ꝛc. objektive Berichte zu bringen, die Gewerkschaftsbewegung im Kreise Solingen nach Kräften zu fördern und gemäß dem Erfurter Parteiprogramm für unsere Ziele zu wirken.

Dann führt das Flugblatt fort:

„Der Volksverein und die „Bergische Arbeiterstimme" haben durch die fortwährende Verletzung des Punktes IV. der Duisburger Vereinbarungen, die Gewerkschaften betreffend, vielen Arbeitern das Abonnement und den Eintritt in den Volksverein fast unmöglich gemacht.

Die Solinger Arbeiter sind, wie bereits gesagt, in gewerkschaftlicher Beziehung sehr gut organisiert und haben durch ihr besonnenes Vorgehen große Erfolge errungen. Wenn auch die Sozialdemokraten die Majorität bilden, so hat man es bis jetzt doch immer verstanden, die politischen Diskussionen strikte aus den Vereinen fern zu halten. Wenn höhere Preise verlangt werden und gestreikt wird, dann sind die Mitglieder ohne Unterschied des politischen und religiösen Bekenntnisses alle ein Herz und eine Seele, dann wird eine Entsagung an den Tag gelegt, die ihres Gleichen sucht. Viele der besser situierten Mitglieder gebrauchen lieber ihren letzten Pfennig bevor sie Unterstützung annehmen, um den minderbemittelten und mit vielen Kindern gesegneten Kollegen den Kampf zu erleichtern. Wenn ein Verein beim andern Vereine Unterstützung holt, wird das Geld allmählich zurückgezahlt. Diese Entsagung, die Opferwilligkeit und das treue brüderliche Zusammenhalten bedingen es, daß bei halbwegs günstigen Konjunkturen die Bemühungen der Arbeiter fast immer mit Erfolg gekrönt werden.

Tragen wir nun Politik hinein, so ist es um das eiserne Zusammenhalten geschehen, die in mehr als zwanzigjährigen hartnäckigen Kämpfen mit so vielen Opfern und Drangsalen errungenen Preisverzeichnisse fallen, und es werden traurige Tage für die ganze Solinger Arbeiterschaft eintreten."

Wir erlauben uns da anderer Ansicht zu sein. Wir meinen, daß eine richtige Gewerkschaftsorganisation die Pflicht hat, den Arbeiter aufzuklären, und zwar aufzuklären über den Gegensatz zwischen Kapitalist und Arbeiter, und dadurch das Klassenbewußtsein in ihm zu erwecken. Ein solcher klassenbewußter Arbeiter wird aber notwendiger Weise Sozialdemokrat.

Indessen darüber ließe sich ja streiten. Worüber sich aber nicht streiten läßt, ist folgendes: Wenn daran festgehalten wird, daß in die Solinger Gewerkschaften keine Politik hineingetragen wird, wenn diese demnach ein Sammelsurium von Arbeitern aller vorhandenen politischen Richtungen darstellen, ohne die agitatorische Tendenz zu haben, die Betreffenden zur Sozialdemokratie zu führen, so kann die gewerkschaftliche Organisation doch überhaupt nicht für die Beurteilung des Parteistandpunktes in Betracht kommen, und ist es um so mehr die Pflicht eines jeden Parteigenossen, für die politische Organisation einzutreten. Hören wir, was das Flugblatt darüber sagt:

„Schumacher erklärte (nämlich in der Volksversammlung, welche die Wahl der Delegierten zum rheinischen Parteitag vorzunehmen hatte), daß er Mitglied des Volksvereins sei und daß er wünsche, daß von allen Genossen das nämliche gesagt werden könne. Die Haltung des Volksvereins gegenüber den Solinger Gewerkschaften sei aber eine derartige, daß es sehr schwer halte, die alten erprobten Genossen für den Volksverein geneigt zu machen. Dekretieren lasse sich die Teilnahme am Volksverein durchaus nicht, wer das wolle, verkenne den Charakter der Bergischen Bevölkerung. Auch das Vorgehen des Volksvereins bei den Reichs- und Stadtratswahlen ließ eine günstigere Stimmung für denselben bis dato nicht aufkommen. Zudem muß man sich doch vergegenwärtigen, daß Solingen und seine Umgebung nicht großstädtisch sind.

Man muß die örtlichen Verhältnisse überall in betracht ziehen. Die Gemeinde Höhscheid hat z. B. einen Flächeninhalt von 2066 Hektar mit 123 größeren und kleineren Ortschaften und ungefähr 13 000 Einwohnern, so daß der Hektar (4 preußische Morgen) nicht ganz 7 Personen beherbergt. Dabei sind die Wege äußerst beschwerlich; ähnlich verhält es sich auch mit der jetzt zu Solingen gehörenden früheren Bürgermeisterei Dorp. Wie kann unter solchen Verhältnissen ein aus einigen Dutzend Personen bestehender Volksverein den Wählern befehlen: „Ihr dürft nur uns und keinen anderen Bürger in die Gemeindevertretung wählen". Daß die Wähler auch Sympathie für die vorgeschlagenen Personen haben müssen, ist doch ein Haupterfordernis, was aber bei einem kleinen Vereine, der an einem Ende einer so weit verzweigten Gemeinde tagt, unmöglich der Fall sein kann. Was man auf diese Art erreicht, das hat kürzlich der Höhscheider Volksverein erfahren müssen. Derselbe hatte an Stelle des alten bewährten Parteigenossen Isaak Nippes, der sich einer Neuwahl unterziehen mußte, in einer von 14 Personen besuchten Versammlung, — die nach berühmtem Muster acht Stunden vor ihrer Eröffnung ebenfalls um einen Tag früher angesetzt wurde — einen andern weniger populären Genossen für die Stadtverordnetenwahlen aufgestellt, wobei der letztere trotz der großen Bemühungen der „Bergischen Arbeiterstimme" für ihn durchfiel. Einem Aufruf zur Wiederwahl des Genossen Nippes verweigerte die „Berg. Arbeiterstimme" die Aufnahme.

Schumacher führte noch aus, man solle angesichts dessen, was sich in Berlin gegen die Wahlvereine und den Vorstand der sozialdemokratischen Partei abspiele, die Grenzen nicht so enge ziehen, wobei er auf die Ausführungen Auers in Halle die Parteiorganisation betreffend hinwies. Im Parteiprogramm steht doch ausdrücklich:

„Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogrammes bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt." In Solingen wie überall sind auch Leute, die aus materiellen und sonstigen Gründen einem politischen Vereine nicht angehören können. In Berlin sind auf je 00 Arbeiter nur 10, welche der Gewerkschaftsorganisation angehören, während die Solinger Arbeiter, soweit wie dieselben der Scheeren- Messer- Gabel- und Waffenfabrikation angehören, fast alle in Gewerkschaften organisiert sind. Zudem bringen die meisten hiesigen Arbeiter große Opfer für Sterbe- und sonstige Unterstützungskassen, deren Verwaltung viel Zeit und Mühe erfordert."

Die Berufung auf das Parteiprogramm ist gänzlich hinfällig. Jeder Parteigenosse muß wissen, daß es einen Unterschied zwischen Parteigenossen schlechthin und organisierten Parteigenossen giebt, und daß zu Vertrauensämtern überall nur organisierte Parteigenossen gewählt werden. Wenn Schumacher behauptet, daß in Solingen wie überall Leute sind, die aus materiellen und sonstigen Gründen einem politischen Verein nicht angehören können, so können diese Leute aus den nämlichen Gründen auch keinen Vertrauensposten in der Partei annehmen. Ausschlaggebend für uns aber ist das Loblied, welches Schumacher hier auf die Gewerkschaften anstimmt. Er wünscht zwar, daß alle Genossen Mitglieder des Volksvereins werden. Aber er erkennt es vollkommen an, daß dies nicht möglich ist. Die Genossen haben zuviel mit ihrer Mitgliedschaft in den unpolitischen Gewerkschaften und außerdem in Sterbe- und sonstigen Unterstützungskassen zu thun, da ist es ganz gerechtfertigt, wenn sie der politischen Organisation fernbleiben. Und die Krone setzt dem allem auf, mit welcher Geringschätzung von den „einigen Dutzend Personen", aus welchen der Volksverein besteht, gesprochen wird. Anstatt sich zu schämen, daß in seinem Wahlkreis die Parteiorganisation so schwach ist, höhnt der Reichstagsabgeordnete Schumacher darüber. Wir denken, das genügt.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 27. Januar.

— **Am Sonntag Morgen,** früh um 6½ Uhr, brach in dem dem Kolon Hühnerhof gehörigen Hause in der Nähe der Jöllenbeckerstraße Feuer aus. Das Haus brannte bis auf den Boden nieder. Unglücksfälle sind dabei nicht vorgekommen. Die sämtlichen im Hause befindlichen Erntevorräte sind vernichtet.

— **Messerhelden.** Am Sonnabend, den 18. Januar wurde der 19 Jahre alte Kutscher Wilhelm Volmer bei Stratmann in Jöllenbeck von den beiden Seidenwebern Heibrock und Kleineberg ohne jede Veranlassung mit Messern derart bearbeitet, daß derselbe ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Die ärztliche Untersuchung stellte fest, daß eine Klinge von 4 Zentimeter Länge im Gehirnschädel stecken geblieben war und herausgemeißelt werden mußte. Der Verletzte starb gestern morgen gegen 7 Uhr. Die Thäter rühmten sich ihrer That auf dem Wege zur Kirche und wurde hierdurch ihre Verhaftung ermöglicht. Dieselben wurden am 22. d.M. in das hiesige Gerichtsgefängnis abgeführt.

Herford, 25. Januar. Der engere Ausschaß hat hier am Dienstag eine Sitzung abgehalten, welcher Herr Regierungspräsident v. Arnstedt als Gast beiwohnte. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: „Es wird für wünschenswert erklärt, daß die Kreise Bielefeld Stadt und Land und Halle Vorarbeiten für die in Betracht kommenden Linien bald möglichst anfertigen lassen. Die Verständigung über die in diesen Kreisen zu bauenden Linien soll zunächst innerhalb derselben erfolgen unter dem Gesichtspunkt, daß thunlichst Halle mit Herford und Enger mit Bielefeld verbunden werden. Sobald die Vorarbeiten in allen oder einzelnen Kreisen so weit vollendet sind, daß der Ausführung der Bahnarbeiten näher getreten werden kann, soll der weitere Ausschuß zur gutachtlichen Aeußerung über die definitive Wahl der Linien und das weitere Vorgehen berufen werden." (H. K.)

Hagen, 25. Januar. Hier brachte ein Arbeiter durch übele Nachrede ein neunzehnjähriges Mädchen außer Stellung, was das thatsächlich unbescholtene Mädchen sich so zu Herzen nahm, daß es sich bald darauf in dem Keller seiner elterlichen Wohnung erhängte. Der Arbeiter, welcher das Gerede ausgestreut hatte, stand nun vor der Strafkammer unter der Anklage, das Mädchen sowie einen unverheirateten Fabrikarbeiter, mit dem er dasselbe in Verbindung gebracht hatte, beleidigt zu haben. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 25. Januar. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Herr Assessor Reichartz. — Wegen strafbaren Eigennutzes standen unter Anklage der Maurer Robert Eppendorf zu Essen, früher zu Brackwede wohnhaft, und der Metzgermeister August Niermann zu Brackwede. Eppendorf hatte im August v Js. seine Schweine, die der Hauswirt für rückständige Miete als Pfand zurückbehalten wollte, an Niermann verkauft. Dem Niermann konnte nichts strafbares nachgewiesen werden und erfolgte seine Freisprechung, dagegen wurde Eppendorf überführt und zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. — Der Handelsmann Wilhelm Eggeringhaus zu Oberjöllenbeck, welcher vom hiesigen Schöffengericht wegen Diebstahls zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt worden war, wurde heute in der Berufungsinstanz unter Aufhebung des ersten Urteils freigesprochen. — Im Sommer v. Js. war es zu Oldentrup gelegentlich einer Auktion zu einer Prügelei gekommen, wobei der Plüschweber Pott durch Steinwürfe am Kopfe verwundet worden ist. Angeklagt dieserhalb ist der Arbeiter Wilhelm Möller, der Rentner Heinrich Carl Vogt und der Bierverleger Christian Hummert von hier. Es wurde inbezug auf die beiden ersten eine Thäterschaft festgestellt, und beide wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung verurteilt, ersterer zu 2 und letzterer zu 3 Monaten Gefängnis. Zu gleicher Zeit wurden beide zur Zahlung einer Buße an den Verletzten Pott in der Höhe von 90 Mark verurteilt. Hummert wurde freigesprochen. — Die Berufung der Kgl. Amtsanwaltschaft zu Oeynhausen gegen ein Urteil des Schöffengerichts daselbst, worin die beiden Korbmacher August Rüter und Heinrich Körtner aus Eidinghausen von der Anklage des Diebstahls freigesprochen worden waren, wurde als unbegründet verworfen. — Der Kastellan des Schützenvereins Hans Bormüller zu Feldheim war vom Schöffengericht zu Blotho am 19. Juni v. Js. von der Anschuldigung einer ihm zur Last gelegten Gewerbesteuerkontravention und einer Veranstaltung einer öffentlichen Tanzbelustigung ohne polizeiliche Genehmigung freigesprochen. Gegen dieses Urteil war von seiten der Amtsanwaltschaft Berufung eingelegt, welche aber nach ziemlich langer Beweisaufnahme verworfen wurde. — Eine Sache wurde vertagt, eine Berufung verworfen, weil der Angeklagte nicht erschienen war.

Soziales.

Der „Heroismus der Armut". Aus Wien wird der „Frankf. Zeitung." vom 22. ds. berichtet: Vor dem Strafrichter des Bezirksgerichts Favoriten hatte sich gestern die 28jährige ledige Näherin Elise Schmidt wegen Veruntreuung zu verantworten. Ihr wurde von der Anklage zur Last gelegt, sie habe zur Bearbeitung anvertraute Schnittwaren und Kragen um den Betrag von 11 fl. versetzt und den Erlös für sich verwendet. Bei der ersten Verhandlung verantwortete sich die Angeklagte, nach dem sie sich schuldig bekannt hatte, dahin, sie habe aus Not — krank und vom Hunger gepeinigt — um nicht mit den von ihrer Arbeit lebenden drei minderjährigen Angehörigen auf die Straße geworfen zu werden, die Schnittwaren versetzt. Sie habe eine arme, kranke Mutter gehabt, die sie sieben Wochen bis zu deren Ende gepflegt habe. Die Krankheit und die Begräbniskosten hätten die letzte Habe verschlungen, und da sie, die Angeklagte, schwer erkrankt sei, wäre sie in die bitterste Not geraten. Auf Befragen des Richters gab die Angeklagte ferner an, sie stehe beim Mariahilfer Konfektionär Anton Zelezny in Kondition, der ihr für Verfertigung eines ganzen Mantels mit Pelerinen und Sammetaufputz den Lohn von siebzig Kreutzer (gleich 1,12 Mk.) gebe. Um 1 fl. 40 kr. täglich verdienen zu können, hatte sie mit ihrer Schwester von 6 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts ununterbrochen nähen müssen. Das blasse, magere Gesicht der Angeklagten, ihre gebeugte Gestalt waren Beweise für die Wahrheit der Angaben des Mädchens. Sichtlich gerührt vertagte der Richter die Verhandlung behufs Einholung einer Polizeinote über das Vorleben der Angeklagten. Bei der gestrigen Schlußverhandlung verlas der Richter die eingelangte Polizeinote. Sie sagt von der Angeklagten das beste und bestätigt deren Angaben vollinhaltlich. Von seiten der Rechtsschutzsektion des Allgemeinen österreichischen Frauenvereins wurde als Verteidiger Dr. Friedr. Weil bestellt.

Zeuge Anton Zelezny, Damenschneidermeister, gab an, die Angeklagte hätte früher stets ordentlich abgeliefert. Als sie die Sachen veruntreut hatte, habe sie alles schließlich eingestanden und angegeben, die Not hätte sie dazu getrieben. Ich habe 75 bis 80 kr. für einen Mantel gezahlt.

Angekl.: O nein! Der Herr hat nur 70 kr. gezahlt.

Richter: Ist Ihnen der Schaden von der Angeklagten ersetzt worden?

Zeuge: Ja, 11 fl. Ich mußte aber 1 fl. 50 kr. Zinsen zahlen. (Der Verteidiger giebt dem Zeugen sofort den Betrag von 1 fl. 50 kr.)

Richter: Wie lange hat sie an einem Mantel arbeiten müssen?

Zeuge: Sieben Stunden.

Angekl.: Das dauerte viel — viel länger. Ich mußte von 6 Uhr früh bis 1 Uhr nachts arbeiten, um zwei Mäntel fertig zu machen. Mehr konnte ich nicht verdienen.

Richter: Wer hat die Begräbniskosten gezahlt?

Angekl.: Ich, vom Verdienste bei Herrn Zelezny. Ich arbeitete eine zeitlang im Akkord bei ihm. Um 10 fl. wöchentlich zu verdienen, mußte ich die Arbeit nach Hause nehmen und

die ganze Nacht arbeiten. Das ging auf die Dauer über meine Kräfte.

Der öffentliche Ankläger plaidirte auf Anwendung des Gesetzes und bat bei eventueller Bestrafung um äußerste Milde. Der Verteidiger bestritt in diesem Falle den Thatbestand der Veruntreuung. Die Angeklagte habe in ihrem schweren Kampfe den größten Heroismus, den Heroismus der Armut, bewiesen. Aber auf jeden Fall habe die Angeklagte im Zustande des unwiderstehlichen Zwanges gehandelt. Er bitte daher um Freispruch. Der Richter sprach die Angeklagte frei. In den Gründen führte er aus, daß der Thatbestand der Veruntreuung als gegeben erachtet werden müsse. Eine Strafbarkeit sei in diesem Falle jedoch ausgeschlossen, da die Angeklagte unter dem Einflusse des unwiderstehlichen Zwanges gehandelt habe. Dieser sei nicht nur rein physisch aufzufassen, sondern könne auch dann vorhanden sein, wenn die Enthaltung von einer strafbaren Handlung mit einer solchen Willenskraft, mit einer solchen Entsagung verbunden wäre, welche menschliche Kräfte übersteigt.

Vermischtes.

Berlin, 21. Januar. Großes Brandunglück. Ein Brand von großer Ausdehnung, wobei elf Menschen in Lebensgefahr schwebten und leider eine Frau und ein vierjähriges Mädchen den Erstickungstod fanden, beschäftigte gestern Abend die Feuerwehr. Im Eckhause Bergmannsstraße 24 und Friesenstraße, gegenüber der Markthalle am Marheinekeplatz, brach aus noch nicht aufgeklärter Ursache Feuer aus, das sich schnell den oberen Stockwerken mitteilte. Der Rauch füllte die Treppen an, so daß an ein Betreten nicht zu denken war. Um 1/5 Uhr wurde der Feuerwehr von mehreren Seiten Meldung erstattet. Sie rückte sofort zur Brandstätte aus, wo sie nach kaum zehn Minuten Fahrzeit eintraf. Die Lage war bereits eine sehr bedrohliche für die Hausbewohner geworden. Aus den unteren Stockwerken schlugen die Flammen und der Qualm heraus, und aus den Fenstern der oberen Stockwerke riefen die geängstigten Frauen und Kinder laut um Hilfe. Branddirektor Giersberg ließ sofort mit drei Rohren den Angriff eröffnen und eine Steckleiter mit mehreren Hakenleitern von außen bis in die fünfte Etage einschlagen. Feuerwehrmänner begaben sich in die einzelnen Stockwerke, um die Bewohner vor übereilten Schritten abzuhalten und ihnen Mut zuzusprechen, andere versuchten, auf dem Bauche kriechend, auf den Treppen in die oberen Stockwerke zu gelangen, hierbei alle erreichbaren Thüren und Fenster mit ihren Aexten einschlagend, damit der Rauch freien Abzug bekam. Mit eigener Lebensgefahr drangen die Feuerwehrmänner in die verqualmten Wohnräume und schafften nach und nach Frau Postsekretär Brosowsky mit ihrer 2½jährigen Tochter, Frau Buchhalter Franke mit ihren zwei Kindern Margarethe und Charlotte, ferner Frau Barbier König, Frau Steinsetzer Bönsch, Frau Günther und die drei Kinder des Kaufmanns Cohn ins Freie und alsdann nach dem Krankenhause am Urban. Hier wurden alle bis auf die Frau Postsekretär Brosowsky und die vierjährige Margarethe Franke ins Leben zurückgerufen. Nach 8 Uhr war der Brand gelöscht.

Breslau, 20. Januar. Der angebliche Mörder der bekannten Goldelse, der Prostituierten Else Groß in Breslau, soll in der Person eines Angehörigen einer gräflichen Familie ermittelt worden sein. Wie dem „Berl. Tagebl." von Breslau geschrieben wird, wäre der Mörder ein Graf Volko v. Haslingen, genannt v. Schickfus. Am 18. Februar 1870 geboren, war er als ein „gänzlich verbummeltes Individuum" von seiner Familie im Jahre 1893 nach Brasilien gesandt worden. Er war jedoch ein Jahr später unter falschem Namen und durch einen falschen Bart unkenntlich gemacht, nach Breslau zurückgekehrt. Jetzt hat ihn sein eigener Bruder, der 1861 geborene Graf Richard v. Haslingen, Herr auf Quaitsch bei Schweidnitz, als Mörder denunziert. Fortgesetzte Erpressungsversuche, denen die Familie durch den jungen Mann ausgesetzt war, haben den Bruder trotz langen Zauderns zu der Strafanzeige veranlaßt. Graf Volko hat inzwischen das Weite gesucht; man vermutet, daß er über Bremen, Hamburg oder über die österreichische Grenze entkommen ist.

Briefkasten der Redaktion.

W. I. Ja.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Herford.

Oeffentl. Versammlung

für alle in der Konfektionsbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

am Dienstag, den 28. d. Mts.
abends 8½ Uhr
im oberen Saale d. Bürgervereins.

Tagesordnung: [173
1. Die schlechte Lage in der Konfektions-Näherei und die Bedeutung der jetzt proklamierten Bewegung. 2. Wahl von drei Vertretern zum Gewerkschaftskartell. 3. Verschiedenes

Referent A. Paul-Hannover.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Das Agitationskomitee**
der Schneider u. Schneiderinnen.

Notizbücher
in verschiedenen Größen sind zu haben in der Buchhandlung „Volkswacht".

Gebr. Gumpert

parterre und 1. Etage — Niedernstrasse 32 — parterre und 1. Etage.

Nur diese Woche

Ausverkauf ausrangierter Waren

aus **allen** Abteilungen unseres Warenlagers
zu noch **nicht** gekannt **billigen** Preisen.

Rest-Bestand in Damen-Konfektion

als: **Regenmäntel, Jacketts, Capes, Abendräder** und **Kindermäntel**
verkaufen wir, um diese Woche **gänzlich** damit zu **räumen,**
zu **jedem annehmbaren** Preise. [197

NB. Ein Teil der ausrangierten Artikel sind in unsern Schaufenstern ausgelegt.

Besondere Gelegenheit für Wiederverkäufer.

Todes-Anzeige.

Am Sonnabend Morgen 10½ Uhr starb nach langjähriger Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, der Arbeiter

Josef Beilick

im 60. Lebensjahre. Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag Nachmittags 4½ Uhr vom Trauerhause, Detmolderstr. 105, aus statt. [198*

Kinder-Ausstattungen
als [3



Hemdchen, Jäckchen, Wickelbänder, Wickeltücher, Kindertücher, Taufkleidchen, Kattun- und Barchend-Kleidchen, Tragröcke, Steckkissen,
Taufhäubchen und **Hütchen, Lätzchen, Taillenbändchen, Korsettchen, Kinderschürzen**

stets das Neueste
in großer Auswahl.

Herm. Sauerland,
15 Gehrenberg 15.

Wasserdichte Betteinlagen, Gesundheits-Korsetts, Wagendecken ꝛc. äußerst billig.

Ein Arbeitsbursche
im Alter von 16 Jahren per sofort gesucht. [199
Carl Steinrück,
Bahnhofstraße 40.

Entlaufen
ein grauer Spitz, gegen Belohnung abzugeben [196*
Kaiserstraße 116.

Anleihescheinen der Stadt Bielefeld, Buchstabe A, Allerhöchstes Privilegium vom 14. Februar 1881, sind heute **ausgelost** zum 31. März 1896:

zu 500 Mk.: Nr. 65, 79, 94, 191, 269, 288, 295, 301, 337, 338, 352, 360, 385, 399, 517, 559, 565, 626, 638, 696, 784, 815, 819, 834, 846, 862, 870, 884, 885, 997, 1008, 1107, 1193, 1197, 1215, 1218, 1308, 1333, 1434, 1439, 1532, 1545, 1570, 1599, 1600, 1649, 1706, 1707, 1854, 1878, 1891, 1909, 1984, 2066, 2096, 2101, 2176;

zu 200 Mk.: Nr. 2307, 2316, 2352, 2553, 2393, 2477, 2535, 2578, 2597, 2598, 2600, 2604, 2606, 2616, 2625, 2635, 2714, 2735, 2791.

Rückzahlung vom 31. März 1896 ab bei unserer Kämmereikasse. Mit diesem Tage hört die Verzinsung auf.

Es sind noch rückständig aus der Verlosung vom 13. September 1892, gekündigt zur Zurückzahlung zum 31. März 1893 Nr. 2319 zu 200 Mark, abzuliefern mit Zinsscheinen Nr. 4 bis 10 und Anweisung; aus der Verlosung vom 22. September 1893, gekündigt zum 31. März 1894, Nr. 429 und 1042 je 500 Mark, abzuliefern mit Zinsscheinen Nr. 6 bis 10 und Anweisung; aus der Verlosung vom 25. September 1894 gekündigt zum 31. März 1895, Nr. 930 und 2246 je 500 Mark, Nr. 2326 und 2722 je 200 Mark, abzuliefern mit Zinsscheinen Nr. 8 bis 10 und Anweisung.

Bielefeld, den 6. September 1895.

2203] **Der Magistrat.**

Gewerkschafts-Kartell.

Montag, den 27. Januar 1896, abends 8½ Uhr:

Gemeinschaftliche Sitzung.

Tagesordnung: 1. Uebergabe der Aemter. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Winterfest. 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht [192
Der derzeitige Vorstand.

In der Buchhandlung „Volkswacht" ist vorrätig:

Ratschläge zur Leitung von Versammlungen.

48 Seiten mit Umschlag.

Preis 20 Pfennige.

Die Anschaffung ist den Vorständen aller politischen und gewerkschaftlichen Vereine warm zu empfehlen.

Die Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld, Schulstraße 20, hält angelegentlichst empfohlen:

Anarchismus und Sozialismus.

Von **Georg Plechanow.**

84 Seiten broch. — Preis 40 Pfennig.

Diese Schrift aus der Feder des bekannten russischen Sozialisten, der unter den sozialistischen Schriftstellern zu den ersten Theoretikern zählt, dürfte gerade unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen ganz besonderes Interesse beanspruchen. Sie füllt in unserer Parteiliteratur eine längst empfundene Lücke aus. In meisterhafter Darstellung entwickelt Plechanow, ausgehend vom utopischen Sozialismus, die Auffassungsweise des wissenschaftlichen Sozialismus, präzisiert scharf den Gegensatz zwischen Sozialismus und Anarchismus, sowohl in prinzipieller wie taktischer Hinsicht, und giebt in gedrängter, aber durchaus übersichtlicher Form eine Geschichte und Kritik der anarchistischen Theorien an Hand der von den Aposteln des Anarchismus vorliegenden Schriften, von Stirner, Proudhon, Bakunin angefangen bis herunter auf ihre Epigonen in der Gegenwart: Kropotkin ꝛc. Das Schlußkapitel enthält eine glänzende Abfertigung der Verwerflichkeit und Schädlichkeit der sogenannten „Propaganda der That".

Soeben ist erschienen bezw. im Erscheinen ist begriffen und durch die Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld, Schulstr. 20, zu beziehen:

W. Liebknecht's Volks-Fremdwörterbuch.

Siebente Auflage.

Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt.

Komplett in 13 Heften à 20 Pfg.

Volks-Lexikon.

Nachschlagebuch für sämtliche Wissenszweige
mit besonderer Berücksichtigung der
Arbeiter-Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handelswissenschaften, Sozialpolitik. Nebst General-Register.
Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern herausgegeben
von
Emanuel Wurm.
Erscheint in Heften à 20 Pfennige.

Bisher erschienen Heft 45.

Die 99 Hauptfragen der Unfall-Versicherung.

Nach amtlichem Material **volkstümlich erörtert** und erklärt für die Arbeiter.

Preis 25 Pfg.

Vorrätig in der Buchhandlung **„Volkswacht".**

Broschüren, Statuten liefert schnell und sauber Buchdruckerei **„Volkswacht".**

Zur Massenverbreitung!

Soeben ist in dritter Auflage erschienen und in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben:

Prozeß Liebknecht in Breslau.

Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Landgericht zu Breslau am Donnerstag, den 14. November 1895.

Mit einem Vor- und Nachwort von W. Liebknecht.

Preis **10** Pfg. (Porto 3 Pfg.)

Dieser Prozeß ist in der Fülle der gegenwärtigen Majestätsbeleidigungs-Anklagen typisch; die Bedeutung der Broschüre erhellt am besten daraus, daß in vierzehn Tagen bereits drei Auflagen nötig wurden.

Der Septemberkurs vor dem Reichstag.

96 Seiten Großoktav. Preis **15** Pfg.

Die Bebelsche Etatsrede hat der diesjährigen Etatsdebatte ihre politische Bedeutung gegeben und diese zu einer Diskussion über die Sozialdemokratie und den Septemberkurs gestaltet. Die Sedanhetze, die Majestätsbeleidigungs-Prozeß-Epidemie, die neueste Regierungspolitik wird hier vor dem Richterstuhl der Oeffentlichkeit abgehandelt und ist daher diese Sammlung der in stenographischem Wortlaut wiedergegebenen Reden der Abgeordneten Bebel, Barth, Haußmann, Stumm ꝛc., des Reichskanzlers, des Kriegs- und des Justizministers von weitgehendem Interesse.